

RICO SCHUMANN
Rechtsanwalt

Fax: 03491 506089

RA Schumann-Lindenstr. 24-18465 Tribsees

Herrn
Peter Fitzek
Coswiger Str. 7

06886 Lutherstadt Wittenberg

Landgericht Stralsund

Lindenstr. 24
18465 Tribsees

Telefon: 038320 / 712023

Sparkasse Vorpommern
BLZ: 150 505 00
Kto: 100 139 280

Steuernummer: 082/272/03561

0729813 S 27.11.13

Fitzek, Strafsache

Hallo Peter,

anliegende Stellungnahme vom heutigen Tage an das AG Dessau-
Roßlau in der Beschlagnahmesache vom 25.04.2013 zur Kenntnis.

LG Rico



RICO SCHUMANN
Rechtsanwalt

Verab Fax: 0340/202 1214
RA Schumann Lindenstr. 24 18465 Tribsees

Amtsgericht Dessau-Roßlau
Willy-Lohmann-Str. 33

06844 Dessau-Roßlau

Landgericht Stralsund

Lindenstr. 24
18465 Tribsees

Telefon: 038320 / 712023

Sparkasse Vorpommern
BLZ: 150 505 00
Kto: 100 139 280

Steuernummer: 082/272/03561

0729513 S

27.11.13

In dem Ermittlungsverfahren

gegen
Peter Fitzek

Geschäftsnummer: 11 Gs 576/13 (115 AR 14769/11)
(Ursprünglich: 11 Gs 228/13 (115 AR 14769/11))

bedanke ich mich zunächst für die gewährte Fristverlängerung.
Es wird Bezug genommen auf den Beschluss des Landgerichtes
Dessau-Roßlau vom 16.10.2013 sowie auf den Antrag der
Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 24.10.2013
und beantragt,

die Beschlagnahme der Vermögensgegenstände
aufzuheben und den Antrag der Staatsanwaltschaft
auf Bestätigung der Beschlagnahme abzuweisen.

Es wird weiter beantragt, die Kosten des Beschwerdeverfahrens
dem Beschuldigten zu erstatten.

Begründung:

Die Beschlagnahme der Vermögenswerte am 25.04.2013, dessen

Bestätigung die Staatsanwaltschaft hier beantragt, erfolgte anlässlich einer Durchsuchungsmaßnahme am 25.04.2013 aufgrund des Beschlusses des Amtsgerichtes Wittenberg zum Geschäftszeichen 3 Gs 32/13 vom 09.04.2013. Darin heißt es: „In dem Ermittlungsverfahren gegen Peter Filzek ... wegen unerlaubten Betreibens von erlaubnispflichtigen Versicherungs- und Bankgeschäften wird die Durchsuchung ... angeordnet, weil aufgrund von Tatsachen zu vermuten ist, dass die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln wie Mitgliederlisten, Verträge..., Schrift- und Email-Verkehr..., interne Dokumente..., Konten und Depots zu entsprechenden Vermögenswerten... (führt)... Die Beschlagnahme dieser bzw. solcher Gegenstände wird angeordnet. Gründe: Der Betroffene hat den nicht eingetragenen Verein „Königreich Deutschland“ gegründet und tritt als so genannter „oberster Souverän“ auf. Aus im Internet geschalteten Seiten, Medienberichten und Schriftverkehr mit der BaFin ergibt sich der begründete Verdacht, dass der Betroffene die Errichtung erlaubnispflichtiger Sozialversicherungen und Bankgeschäfte betreibt...“

Der Beschluss des Amtsgerichtes Wittenberg erging auf Antrag der BaFin, da die BaFin den Verdacht besitzt, der Beschuldigte betreibe nach Gründung des „nicht eingetragenen Vereins“ „Königreich Deutschland“ erlaubnispflichtige Geschäfte nach dem KWG und dem VAG.

Die Beschlagnahme ist unter allen denkbaren Umständen rechtswidrig erfolgt.

Die Beschlagnahme der Gegenstände erfolgte am 25.04.2013 unter krassem und bewußten Verstoß gegen 108 Abs.1 StPO.

Die aufgefunden Vermögenswerten stehen und standen zu keinem

Zeitpunkt in einer Beziehung zur durchgeführten Untersuchung. Die polizeilichen Einsatzkräfte suchten von Beginn der Untersuchung an gezielt nach Vermögensgegenstände im Rahmen des unter dem Geschäftszeichen 11 Gs 619/12 anhängigen Verfahrens beim Amtsgericht Dessau bzw. im Ermittlungsverfahren der StA Dessau-Roßlau 115 AR 14769/11. So findet sich auf jeder „Niederschrift über ~~Durchsuchung, Sicherstellung, Beschlagnahme~~ (Teil A) und (Teil B)“ handschriftlich die Angabe: „AG WB 3 GS 32/13 Wittenberg, den 25.04.2013 AG DE 11 GS 619/12“

Bei sämtlichen Vermögensgegenständen handelt es sich nicht um Zufallsfunde. Der verantwortlichen Leiter der BaFin, der Zeuge Münzer (zu laden über die BaFin) hat über die einzelnen Tätigkeiten der Einsatzkräfte vor Ort aufgeklärt. Nach eindeutiger Aussage des Zeugen Münzer waren die polizeilichen Einsatzkräfte, zu denen die protokollierende Zeugin KOK'in Herrmann gehörte, in „eigener Mission“ unterwegs. Diese polizeilichen Kräfte durchsuchten sämtliche im Durchsuchungsbeschluss benannten Gebäude in Wittenberg gezielt nach Vermögenswerten in dem Verfahren des Amtsgerichtes Dessau-Roßlau - GZ: 11 Gs 619/12 bzw. dem dazu gehörigen Ermittlungsverfahren der StA Dessau-Roßlau 115 AR 14769/11.

Die den Durchsuchungsbeschluss veranlassende BaFin und Bundesbank haben sich für (mögliche) Vermögenswerte im Rahmen der Durchsuchung in keiner Weise interessiert. Nach Angaben des Einsatzleiters der BaFin, dem Zeugen Herrn Münzer „machen die Polizeilichen Einsatzkräfte hier ihr eigenes Ding“.

Um Zufallsfunde handelt es sich daher unter keinen denkbaren Umständen.

Mit Angabe „AG DE 11 Gs 619/12“ für Amtsgericht Dessau und dem

Schreiben RA Schumann vom 27.11.2013

Seite 4 von 9

dort unter dem Geschäftszeichen 11 Gs 619/12 geführten Verfahren haben die Durchsuchungskräfte der Polizei eindeutig auf den Niederschriften zur Beschlagnahme dokumentiert, dass sie am 25.04.2013 unter dem Deckmantel des Durchsuchungsbeschlusses des Amtsgericht Wittenberg 3 Gs 32/13 eigentlich im Rahmen des Verfahren des Amtsgerichtes Dessau-Roßlau 11 Gs 619/12 die Räumlichkeiten am 25.04.2013 gezielt nach Vermögenswerten durchsuchten.

Auch mit Antrag der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 30.04.2013 (Band 5, Blatt 19) dokumentiert die StA:

„Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau
155 AR 14769/11

30.04.2013

Verfügung

1. Vermerk:

Die Durchsuchung bei dem Beschuldigten Peter Fitzek fand aufgrund eines von der BaFin geführtes Verfahren statt, vgl. Bd. V Bl. Ff d.A. Die beschlagnahmten Vermögenswerten (Silberbarren, -unzen und -münzen sowie Goldunzen und Bargeld sollen für dieses Finanzermittlungsverfahren verwertet werden.

Die Asservate - bis auf das Bargeld, das noch nicht eingezahlt werden soll - wurden in den Tresor im Zimmer des Geschäftsleiters Herrn Häfker eingelagert.

Der Beschuldigte hat seine Unterschrift auf den Beschlagnahmeprotokollen verweigert, was wohl als Beschwerde gegen die Beschlagnahme zu werten ist.

2...

4.

U.m.A

Dem AG Dessau-Roßlau

Mit dem Antrag übersandt,

die Beschlagnahme der vermögenswerte zu bestätigen.

5...

(handschriftliche Unterschrift)

Voß

Staatsanwältin

Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau dokumentiert mit Verwendung ihres Aktenzeichens 155 AR 14769/11 eindeutig, dass die Beschlagnahme in diesem Ermittlungsverfahren bestätigt werden soll. Das Aktenzeichnen der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau hat sich auch in diesem Verfahren nicht geändert. Das Aktenzeichen 155 AR 14769/11 ist dem gerichtlichen Geschäftszeichen weiter hinzugesetzt.

In der v.g. Verfügung der Staatsanwältin Voß der StA Dessau-Roßlau vom 30.04.2013 unter dem AZ 155 AR 14769/11 macht die Staatsanwältin Voß aktenkundig, dass die beschlagnahmten Vermögenswerte für dieses Finanzermittlungsverfahren verwerten werden sollen. Damit macht die Staatsanwältin Voß aber letztlich aktenkundig, dass es sich bei den aufgefundenen Vermögenswerten nicht um Zufallsfunde handelt, sondern dass nach ihnen systematisch gesucht wurde. Eine systematische Durchsuchung nach Gegenständen, auf die sich der Durchsuchungsbeschluss nicht bezieht, ist durch § 108 StPO nicht gedeckt.

Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau hätte den Rechtsweg aber leicht einhalten und für das Ermittlungsverfahren 155 AR 14769/11 selbst einen Durchsuchungsbeschluss erwirken können und müssen. Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau hat hier unter Verwendung der polizeilichen Einsatzkräfte oder im bewussten Zusammenwirken mit diesen Kräften bei passender Gelegenheit den gesetzlichen Richtervorbehalt bei der durchgeführten Beschlagnahme bewusst umgangen und die Beschlagnahme unter dem Deckmantel eines anderen Ermittlungsverfahrens als Zufallsfund deklariert. Folglich liegt ein eklatanter Verstoß gegen § 98 StPO vor. Es wird sich auf die Entscheidungen des Landgerichtes Darmstadt abgedruckt in Strafverteidiger (=StV) 1993 S. 573; und des Amtsgericht Tiergarten StV 2003 Seite 663 berufen, die in einem solchen Fall ein Beweisverwertungsverbot aussprachen. Einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken war der StA Dessau-Roßlau auch zeitlich ohne weiteres möglich (vgl. Amtsgericht Braunschweig in StV 2001 Seite 394).

Das Ermittlungsverfahren 155 AR 14769/11 bezieht sich auf einen fest umgrenzten Zeitraum in der Vergangenheit. Aus den Ermittlungsakten geht hervor, dass die Tathandlungen des Beschuldigten ihre Beendigung gefunden haben und nicht mehr andauern.

Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau hat nicht dargetan, noch hat sie irgendwelche vagen Ermittlungshinweise, dass die beschlagnahmten Vermögensgegenstände bzw. welche Vermögensgegenstände konkret aus welcher Straftat stammt/en bzw. für welche mögliche Straftat verwendet werden sollten und dafür als Beweismittel dienen soll.

Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau verfügte am 24.10.2013

Schreiben RA Schumann vom 27.11.2013

Seite 7 von 9

wiederum zum Aktenzeichen 155 AR 14769/11 (!!):

Verfügung

1..

2.

Vermerk:

Das beschlagnahmte Bargeld wurde bereits eingezahlt, Bd. V Bl. 50 d.A. Daher kann es als Beweismittel nicht mehr in Betracht kommen.

3.

U.m.A.

Dem Amtsgericht Dessau-Roßlau

Unter Hinweis auf den Beschluss des Landgerichtes Dessau-Roßlau vom 16.10.2013,

Es wird beantragt, die Beschlagnahme zu bestätigen, das das Bargeld sowie die Silber- und Goldbarren sowie die Münzen als Verfallsgegenstand in Betracht kommen.

Darüber hinaus wird beantragt, die Bestätigung der Beschlagnahme hinsichtlich der Gegenstände gemäß Beschlagnahmeprotokolle vom 25.04.2013, Bd V Bl. 8 ff Nummer 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13 sowie Bl. 13 Nummer 1 auch darauf zu stützen, dass die als Beweismittel für eine Straftat gemäß § 54 KWG (Betreiben von Bankgeschäften ohne Erlaubnis) in Betracht kommen."

Die aufgefundenen Vermögenswerte stammen auch aus Sicht der Staatsanwaltschaft offensichtlich nicht aus Tathandlungen des

Schreiben RA Schumann vom 27.11.2013

Seite 8 von 9

Ermittlungszeitraumes.

Das Umschwenken der StA auf Verwertung der Vermögensgegenstände als mögliche Beweismittel für eine Straftat nach dem KWG ist unzulässig. Das Beweisverwertungsverbot schlägt auch insoweit durch.

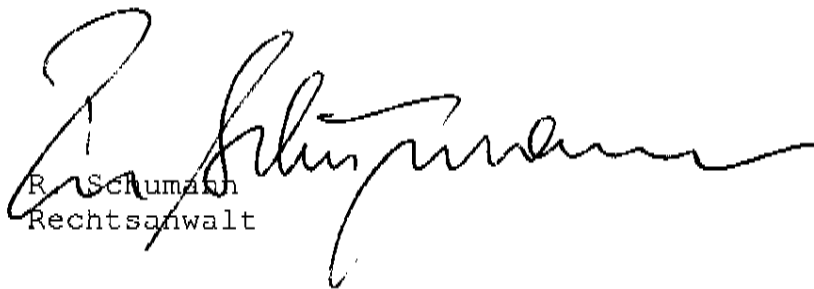
Im übrigen ist ein Antrag auf Bestätigung in dem dem Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichtes Wittenberg 3 Gs 32/13 zugrunde liegenden Ermittlungsverfahren durch die zuständige Staatsanwaltschaft nicht veranlasst worden. Das zeigt eindeutig, dass die Ermittlungen insoweit ergeben, dass nicht davon ausgegangen wird, dass diese Vermögensgegenstände aus einer möglichen Straftat nach § 54 KWG herrühren. Eine derartige Behauptung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau ist eine reine Behauptung ins Blaue hinein.

Darüber hinaus hat die StA durch Einzahlung des Bargeldes bereits deutlich gemacht, dass sie diese Vermögenswerte bis dato nicht als Beweismittel ansah und aus jetziger Sicht selbst Beweisvereitelung zu Lasten des Beschuldigten begangen hat, denn dem Beschuldigten ist der Gegenbeweis nunmehr tatsächlich genommen und nicht mehr möglich. Folglich ist das durch Einzahlung „untergegangene“ Bargeld als Beweismittel nicht mehr tauglich. Dem Beschuldigten ist aber insoweit Wertersatz zu leisten.

Zum Beweis der Tatsache, dass die polizeilichen Einsatzkräfte am 25.04.2013 gezielt im Rahmen des Finanzermittlungsverfahrens der StA Dessau-Roßlau 155 AR 14769/11 und dem dinglichen Arrest des Amtsgerichtes Dessau-Roßlau 11 Gs 619/12 nach Vermögenswerten zur Verwertung in diesem Verfahren gesucht haben, wird die Vernehmung der Zeugen:

1. Herrn Münzer, zu laden über die BaFin
2. KOK'in Herrmann und KOK'in Brezing, beide zu laden über die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost, Zentrale Kriminalbekämpfung, Kühnauer Str. 161, 06846 Dessau-Roßlau
3. Staatsanwältin Voß, zu laden über die StA Dessau-Roßlau

Vom Termin der Vernehmung der Zeugen bitte ich unterrichtet zu werden, da der Unterzeichner diesem Termin beiwohnen wird.


R. Schumann
Rechtsanwalt